

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 632

Mittwoch, 17. Mai 2017

24. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Berührender Dokumentarfilm: Kreuzweg der Migrant_innen.....	1
"Allianz für Reformen" will raschen Abschluss der Verfassungsänderungen im Justizsektor.....	2
PDH deckt auf, dass 15 GouverneurInnen ihre Informationspflicht verletzen.....	3
Mädchen aus dem Kinderheim "Virgen de la Asunción" offenbar zur Prostitution gezwungen.....	4
Einkünfte aus Besitzbeschlagnahme.....	4
Regierung beschliessen Bussgeldbefreiung und Zuschläge für SteuerschuldnerInnen.....	5
Insight Crime über die Morde in Guatemala.....	5
CALDH zeigt ehemalige Richterinnen wegen Annullierung des Urteils gegen Ríos Montt an.....	6
Regierungschef entlässt Minister per WhatsApp.....	6

Berührender Dokumentarfilm: Kreuzweg der Migrant_innen

2015 drehte der Hamburger Ethnologe und Videojournalist Hauke Lorenz den Film "Viacrucis Migrante" (Kreuzweg der Migrant_innen). Der einstündige Film gibt MigrantInnen aus El Salvador und Honduras, die über Guatemala ins süd-mexikanische Tenosique im Bundesstaat Tabasco, gelangten, eine Stimme. Ihr Ziel: USA. Der Film zeigt zugleich die Arbeit der MigrantInnenherberge "La72" um die Franziskanerpatres Tomas und Aurelio, die die MigrantInnen unterstützen. Im Rahmen des Cine Latino im Karlstorbahnhof in Heidelberg wurde der Film am 14. Mai im Beisein des Regisseurs gezeigt. ¡Fijáte!-Redakteur Stephan Brües fuhr hin und gibt im Folgenden seine Eindrücke vom Film selbst und der Diskussion mit dem Regisseur wieder. Und er sah davon ab, dass unter den ProtagonistInnen des Films gar keine GuatemalteckInnen waren, weil diese, meist aus dem westlichem Hochland Guatemalas stammend, eine andere Route nach Mexiko (und weiter nach Norden) nehmen, die über Tapachula.

Sonntag, 18 Uhr. Im engen Eingangsbereich mit Theke sammeln sich die ersten Menschen, insgesamt werden es über 40 sein, die kommen. Und Hauke Lorenz, der Regisseur, überreicht BesucherInnen, die den Weg in den Saal nehmen, eine Postkarte von Amnesty in die Hand - "Solidarität!!! Und Schutz für Migrant_innen in Tenosique in Tabasco, Mexiko". Die Aktion zum Film sozusagen.

Der Film ist "Viacrucis Migrante" und spielt eben in diesem Tenosique, 60 Kilometer entfernt von der guatemaltekmexikanischen Grenze, die der Fluss Usumacinta bildet. Drei Tage lang liefen die ersten drei Protagonisten des Films, Noe, Alberto und Jose (alle aus Honduras) diese Strecke und mit ihnen kommen auch die ZuschauerInnen zur MigrantInnenherberge "La 72". Dort sind sie vor der MigrantInnenpolizei und andere Polizeikräften geschützt. Gleich am Anfang sieht man, wie eine Rechtsanwältin der "72" MitarbeiterInnen der Migrationsbehörde sagt, dass sie hier nichts zu suchen hätten und auch nicht fotografieren dürften. Die Herberge bietet Schutz vor den Gefahren, die ausserhalb lauern: Raub, Entführung, Vergewaltigung, Mord - begangen von Schleusern, Drogenbanden, aber auch der Polizei und dem Militär. Und die Anerkennungsquote für jene, die Asyl erhalten wollen, liegt im einstelligen Prozentbereich. Abschiebungen sind zahlreich, alleine 2015, dem Jahr, an dem der Film gedreht wurde, 200.000.

Was - so hat sich Hauke Lorenz gefragt - was bringt Menschen wie Noé, Alberto und José oder Carlos, Derick mit Kind

und Freundin oder die Geschwister Richarter und Dionisio dazu, den Sysophosweg durch Mexiko immer wieder zu gehen, ihre Familien zu verlassen, all die Gefahren auf sich nehmen? All die Kreuzwege und Leiden, von denen die Franziskanerpatres von "La 72", aber auch die ProtagonistInnen selber immer wieder sprechen?

Diese Frage hat Lorenz sich bereits während der Feldforschung über MigrantInnen in Tapachula gestellt und versucht, in seiner Magisterarbeit im Fach Ethnologie eine erste Antwort zu finden. Seit er 2006 eine Hausarbeit zu dem Thema geschrieben und bemerkt hatte, dass es kaum Literatur dazu gab, liess ihn die Thematik nicht mehr los. Seit 2008 engagiert er sich bei Amnesty, aktuell in der Zentralamerika-Koordinierungsgruppe CASA. Sein erster Langfilm wurde in einigen kleineren Festivals in Deutschland gezeigt, aber auch - und das ist ihm besonders wichtig - an 16 Orten in Mexiko, inklusive Tenosique.

Warum also nehmen die Menschen diese Leiden auf sich? Weil die Leiden in Honduras oder El Salvador noch schwerer zu ertragen sind. José erzählt, dass seine Frau ihm eines Tages erzählte, dass Maras kamen, die sagten, er solle bei ihnen mitmachen, sonst würden sie seine Frau und Kinder töten. Eine Geschichte, die so ähnlich auch andere berichten. Anders ist die Lage bei der transsexuellen Richarter, die mit ihrem Bruder Dionisio vor der Diskriminierung, den Schlägen und Misshandlungen geflohen ist. Derick, der Garifuna, der mit Freundin und Kind unterwegs ist, versuchte, eine Aufenthaltserlaubnis bei der Migrationsbehörde zu erhalten. Vergeblich. Die MigrantInnen sehen in ihrer Situation das Leiden Jesu gespiegelt, das Leiden, das ihnen auferlegt ist. Ein Fatalismus, der zugleich Hoffnung gibt. Oder zumindest die Kraft, immer nur nach vorne zu schauen, nie zurück. Das Ziel nie aus den Augen verlieren. Das Ziel, nur weg von dem Unfrieden, der Gewalt in ihren Ländern. Sie drückt sich aus in dem Kreuzweg der MigrantInnen, der sie 2014 bis nach Mexiko-Stadt führte, der aber 2015 auf Tenosique beschränkt blieb. Die US-Regierung - so Lorenz - halte die mexikanische Regierung an, die südliche Grenze abzuschotten. Das in den 1980er und 1990er Jahren so solidarische Mexiko macht nun Jagd auf MigrantInnen und schützt sie nicht vor den jährlich 20.000 Entführungen durch Drogenkartelle.

"El tren, el tren" - das Zauberwort, auf das alle MigrantInnen warten, deren Zauber aber auch mit Todesangst verbunden ist. Carlos, wohl der älteste der ProtagonistInnen, berichtet von einem Überfall auf den Güterzug, bei dem 8-10 Menschen erschossen worden seien. Er selbst konnte fliehen. Während man im Film sieht, wie Noé, Alberto und José auf den Güterzug aufspringen und davon fahren, bleibt Carlos - noch - zurück und nimmt sich das Kreuz auf die Schulter für den Kreuzweg in Tenosique.

Die ganze Dramatik, die das Thema in sich birgt, wird im Abspann deutlich: Carlos versucht 2016 noch einmal, mit dem Zug zu fahren. Als er Polizei sieht, springt er ab - und verliert beide Beine. Abgeschoben fristet er sein Dasein in Honduras. Mehr Glück hat Richarter, die in Mexiko kein Asyl bekam, dafür aber Asyl in Phoenix, Arizona erhielt. Ähnliches gilt für Natalia, die nach einer Vergewaltigung ein Kind bekam, aber nun glücklich in New York lebt.

Geschichten, die ein Regisseur wie Steven Soderbergh in Hollywood erzählen könnte. Von genau dort, von wo der Salvadorianer im Film Hauke Lorenz später eine Karte sandte. Fast wie eine Auferstehung nach dem Kreuzweg der Leiden.

Einladung von CASA: Der Film "Kreuzweg der MigrantInnen in Berlin im Rahmen des Ev. Kirchentag

Wir laden euch zum Singen mit der Band Riosentí Música und zu einer gemeinsamen Aktion ein. Durch die Anwendung der Geschichte von Jesus auf geflüchtete Menschen wird die Frage aufgeworfen, ob jeder Tag Karfreitag ist. Dabei könnte jeder Tag auch Ostersonntag sein – als ein Willkommensfest für geflüchtete Menschen, um ihnen ihr Kreuz abzunehmen und die Grenzen der Festung Europa abzureissen! Denn Auswandern ist ein Recht und kein Verbrechen.

Ein ökumenischer Filmgottesdienst zu Flucht, Glaube und Solidarität in Mexiko mit: Hauke Lorenz, Filmemacher; Stephan Philipp, Pfarrer/Amt für kirchliche Dienste im EKBO; Maximilian Wagner, Pfarrer/Missionszentrale der Franziskaner; Musik von und mit Riosentí Música und dem Film: "Viacrucis Migrante – Kreuzweg der Migrant_innen"

Wann und wo: Am **Do., 25.05.2017 (Himmelfahrt) um 19 Uhr in der Auenkirche**, Gemeindehaus, Wilhelmsaue 119, 10715 Berlin-Wilmersdorf. Eintritt frei! Mit Unterstützung der Mexiko und Zentralamerika Koordinationsgruppe von Amnesty International www.casa-amnesty.de, dem Amt für kirchliche Dienste in der EKBO www.akd-ekbo.de und dem Lateinamerikaforum Berlin www.lateinamerikaforum-berlin.de

"Allianz für Reformen" will raschen Abschluss der Verfassungsänderungen im Justizsektor

Guatemala, 09. Mai. Verschiedene soziale Bewegungen, die sich in der Allianz für Reformen zusammengeschlossen haben, fordern vom Kongress, dass sie ihre Diskussionen über die Verfassungsänderungen im Justizsektor als "permanente Sitzung" ohne Unterbrechung führen. Die Forderung wurde eine Woche vor der nächsten Sitzungspause der Legislative eingereicht. "Diese Diskussion darf nicht während der Sitzungspause des Kongresses ausgesetzt werden, da das Reformprojekt wichtiger als alles andere in diesem Land ist", sagte Xavier Soria, Mitglied der Bewegung "Somos GT".

Die Allianz fordert zugleich, dass das Büro des Menschenrechtsombudsmanns die Diskussion begleiten solle, damit BürgerInnen sich im Kongress einfinden können, um die Diskussionen über diese Thematik zu verfolgen.

Schliesslich rief das Bündnis die BürgerInnen auf, "sich nicht von den Lügen und Desinformationskampagnen der Mafia täuschen zu lassen, da diese versuchten, das System, mit dem sie die Berufung von hohen Justizposten kontrollieren,

mit allen Mitteln aufrecht zu halten." Eben diese Unterdrückung mancher AnwärtInnen für hohen Posten im Justizwesen und die Trennung der Verwaltungsfunktionen im Obersten Gerichtshof (CSJ) seien die wichtigsten Themen, die in den reformierten Artikeln von den Abgeordneten berücksichtigt werden müssten, sagte Elvin Díaz vom Institut für Vergleichende Studien im Strafrecht.

Die Organisationen wünschten sich von den Abgeordneten auch einen Zugang der BürgerInnen, die die Sitzungen verfolgen wollen und betonten, dass deren Sicherheit garantiert werden müsse, um Konfrontationen zu vermeiden. Sie luden die Bevölkerung ein, sich über den Inhalt der Reformentwürfe zu informieren. Die Webseite <http://www.reformajusticiagt.org> bietet detaillierte Informationen über den Prozess bis hin zu Details zu den angebotenen Runden Tischen für BürgerInnen.

Dem Plenum des Kongress obliegt es, über den Artikel 207 zu befinden, der die Eingliederung der Berufungskommissionen für die Wahl der RichterInnen am CSJ und den Berufungsgerichten aussetzt und zugleich die Abgeordneten davon ausschliesst, die RichterInnen zu nominieren - anders als es die Verfassung aktuell festlegt. Für die Allianz ist dieser Artikel von besonderer Bedeutung, da diese Berufungskommissionen zu den Einflussnahmen und der Korruption im Zusammenhang mit den RichterInnenwahlen geführt habe. Zudem solle auch der Artikel 209 verändert werden: Dabei würde ein Rat für Juristische Verwaltung eingeführt, welcher wiederum sich aufteilen würde in eine Direktion für Juristische Karrieren, die die Aufgabe hätte, die in der Öffentlichkeit vorhandenen Kritikpunkte über CSJ-KandidatInnen zu bündeln, und die Verwaltungsdirektion, deren Aufgabe u.a. die Ausarbeitung eines Haushaltes, die Verwaltung der gerichtlichen Dienste und deren Administration und Finanzen wäre. (EP)

PDH deckt auf, dass 15 GouverneurInnen ihre Informationspflicht verletzen

Guatemala, 08. Mai. Das Büro des Menschenrechtsombudsmanns (PDH) teilte ihre Sorge mit, dass 15 von 22 GouverneurInnen, die Jimmy Morales benannt hatte, das Gesetz über den Zugang zu Informationen verletzten. Der Bericht des PDH kritisiert insbesondere die AmtsinhaberInnen in den Departements Sacatepéquez, El Progreso, Izabal, Jutiapa und Zacapa, denen sie Null Transparenz in den öffentlichen Informationen bescheinigten.

"Die Mehrheit der Regierungen in den Departements erfüllen nur zu weniger als die Hälfte die Verpflichtungen, die ihnen bei der Veröffentlichung ihrer Arbeitstätigkeiten auferlegt", heisst es in dem Bericht, der auf Ortsbesichtigungen und einer Analyse der Webseiten beruht. Die Departementsverwaltungen stünden in der Zuständigkeit des Innenministeriums und jene, die diese verantworteten, genössen die selben Vorrechte wie ein Minister.

Die Abteilungsleiterin der Kommission über den Zugang zu öffentlichen Informationen des PDH, Violeta Mazariegos, betonte, dass die Informationen über die Beschaffung und die Löhne die am wenigsten transparenten seien, obwohl es auch in anderen Bereichen Probleme in den 22 Departements gebe. "Es gibt hier ja eine zuständige Abteilung, aber das Problem ist, dass man die Personen, die um Information gebeten werden, nicht zwingen könne, dies auch zu tun", sagte die Gouverneurin des Departements Escuintla, Aura Palala, der das PDH einen Erfüllungsgrad von 46,4 % bescheinigt hat. Sie wies zudem darauf hin, dass sie die Information, die bei der Evaluation für den Bericht, noch nicht gegeben wurde, später bei einer erneuten Nachfrage, herausgegeben wurde. Mazariegos wies darauf hin, dass die AmtsinhaberInnen zehn Arbeitstage Zeit hätten, um die Empfehlungen umzusetzen, ansonsten würden sie den Bericht mit ihren Befunden der Staatsanwaltschaft (MP) und dem Rechnungshof (CGC) weitergeben, damit diese entscheiden können, ob hier strafbare Handlungen vorlägen. Sie bemerkte auch, dass es sich da um die Delikte der Verletzung der Amtspflicht und dem Amtsmissbrauch handeln könne.

Im Vergleich zum vorherigen Jahr, habe sich die Herausgabe von Informationen verbessert, so fährt die PDH fort. Sie habe Webseiten analysiert, ebenso die Vergütungen der FunktionärInnen und öffentlichen Angestellten, Beitragszahlungen und öffentliche Ausschreibungen sowie Reisen im Inland und ins Ausland.

Die Regierungen, die zu mehr als 50 % das Gesetz zur Informationsherausgabe erfüllten sind Quetzaltenango, Baja Verapaz, San Marcos, Petén, Chiquimula, Huehuetenango und Chimaltenango; zu maximal 47 %, meist also weniger, erfüllten die Departements Alta Verapaz, Escuintla, Totonicapán, Retalhuleu, Sololá, Quiché, Jalapa, Suchitepéquez, Santa Rosa und Guatemala ihre diesbezüglichen Verpflichtungen. Gar keine Informationen rückten die Regierungen in El Progreso, Izabal, Jutiapa, Zacapa und Sacatepéquez heraus. (EP)

P.S.: In Heft 603 hatten die **¡Fijáte!**-Redaktion über die ernannten GouverneurInnen berichtet. Aus dem Vergleich der damaligen Infos mit dem PDH-Ranking folgt, dass es keinen signifikanten Unterschied macht, ob die Zivilgesellschaft diese vorab eher positiv oder negativ eingeschätzt hatte.

Von den schlecht beurteilten fünf Departements war der von Sacatepéquez als ehemaliger Unternehmer mit Staatskontrakten "qualifiziert", die von Jutiapa und Zacapa negativ beurteilt worden. Der von Izabal war vorab gar nicht bewertet worden, während der von El Progreso von der Zivilgesellschaft als positiv eingestuft worden war.

Von den sieben besten Departements hatten über den zwei Gouverneurinnen von Petén und Quetzaltenango "Schatten gelegen", ebenso über dem Gouverneur von San Marcos. Die Amtsinhaber von Chiquimula und Chimaltenango waren (und sind) Mitglieder der FCN oder standen (und stehen) ihr nahe. Die beiden übrigen waren nicht bewertet worden.

Mädchen aus dem Kinderheim "Virgen de la Asunción" offenbar zur Prostitution gezwungen

Guatemala, 03. Mai. Eine Heranwachsende wurde letzten Dienstag während einer Operation gegen Menschenhandel aus dem Hotel "El Porvenir" in Zone 7 der Hauptstadt befreit. Die Minderjährige, die aus dem vom Sekretariat für Soziale Wohlfahrt (SBS) betriebenen Kinderheim "Virgen de la Asunción" ausgesetzt worden war, war laut offiziellen Quellen seit dem 26. Dezember 2015 als Entführte registriert. Dies ist der zweite bekannt gewordene Fall von Menschenhandel im Zusammenhang mit dem dem staatlichen Schutzzentrum.

Am vergangenen Freitag gab die Staatsanwaltschaft (MP) die Festnahme von María Esperanza Girón Ávila alias "Die Magere" bekannt, der Menschenhandel vorgeworfen wird. Laut Aussagen von Jugendlichen aus dem Heim habe Girón Ávila die Minderjährigen in dem zentralen Park von Villa Nueva 'rekrutiert'. Die Beschäftigten des Heims hätten im November 2016 Anzeige bei der MP eingereicht. Die von Girón Ávila entführten Minderjährigen seien dann an verschiedene Orte in Villa Nueva und Escuintla gebracht worden, wo sie zu sexuellen Diensten gezwungen worden seien. Die Frau habe 125 Quetzales erhalten, sagte die MP.

Hilda Nohemí Sicajá Juárez, 42 Jahre alt, wurde beschuldigt, die Jugendlichen zur Gewinnerzielung gefangen und sexuell ausgebeutet zu haben. Sie wurde in einem Second-Hand-Laden im Stadtteil San Lorenzo in Amatitlán von der Polizei (PNC) verhaftet. Der Laden habe - so die PNC - als Fassade gedient, um die Kontakte und Geschäfte mit den sexuellen Diensten der gefangenen Minderjährigen zu tätigen. Sicajá wird in der strafrechtlichen Untersuchung Menschenhandel vorgeworfen, erklärte Mynor Pinto, Staatsanwalt mit Schwerpunkt Menschenhandel. Ein Mädchen, was sexuell ausgebeutet wurde und fliehen konnte, hatte Anzeige erstattet. Das Mädchen versicherte, dass sie von "Doña Chiqui" entführt worden sei und während der Zeit ihrer sexuellen Ausbeutung von Rodrigo Humberto Menéndez gefangen gehalten wurde, einem 28-jährigen Mann, der Teil des Netzwerks war und wegen Vergewaltigung verhaftet wurde.

Im Juni vergangenen Jahres hatte Menéndez durch eine List das Opfer auf eine Party eingeladen, auf der sie für 17 Tage an einen Mann verkauft wurde, sagte Pinto. Wie hoch die Einnahmen für Menéndez waren, ist vertraulich, sagte der Staatsanwalt. Das Opfer sei jedoch minderjährig und befinde sich in einem geschützten Ort in staatlicher Obhut.

Zwei Männer, die sich die sexuellen Dienste gekauft hätten, wurden in den zehn Durchsuchungen am Dienstag gefasst. Es handelt sich um Banny Paulo David Sandoval Ramírez und Moisés Palma Barrientos. Sie wurden wegen der Förderung der Prostitution in Gewahrsam genommen, ein Delikt, das bis zu vier Jahre Haft nach sich ziehen kann (EP)

Einkünfte aus Besitzbeschlagnahmung

Guatemala, 08. Mai. Am 29. Januar 2012 wurde das Dekret 55-2010 verabschiedet, das Gesetz zur Beschlagnahmung von Besitz (LED). Nun, mehr als fünf Jahre später, hat das Gericht für Beschlagnahmungen von Besitz über 38 Millionen Dollar und über 13 Millionen Quetzales (ca. 5 Mio. US-\$) für den Staat eingenommen (das sind zusammen 39,2 Mio. Euro; siehe ausführlich die Tabelle rechts).

Ausserdem wurden mittels Gerichtsbeschlüssen 168 Fahrzeuge, vier Motorboote und fünf Flugzeuge bzw. Hubschrauber zu den Flotten des Innenministeriums, des Verteidigungsministeriums, des Justizsektors und der Staatsanwaltschaft (MP) zugeordnet. Diese Prozesse führten auch seit April 2012 bis heute zur Überschreibung von 69 Immobilien, darunter Häuser, Fincas, Grundstücke und Wohnungen. Es wurden weiterhin 57 Schusswaffen konfisziert.

Im ersten Jahr des Bestehens des LED traf das Gericht 61 Urteile, in denen in 58 Fällen Eigentum überschrieben wurde. In den sechs Jahren summierten sich die Urteile auf 254, in 224 davon wurde Besitz enteignet. Die Spezialeinheit gegen Geldwäsche der MP mit ihrer Einheit für Besitzbeschlagnahme konnte seit 2012 in 326 Fällen rechtswidrig erworbenen Besitz beschlagnahmen, meist in Bezug auf kriminelle Strukturen mit dem Zweck der Geldwäsche, illegaler Bereicherung und des Drogenhandels. Das Dekret, das die LED ins Leben rief, legte fest, dass 25% der Einnahmen aus den Konfiszierungen an den Justizsektor gehen sollen, je 20% in die Verwaltung der Güter und die MP, 18 % an die Regierung, 15% an das Nationale Sekretariat für die Beschlagnahmung von Gütern (SENABED) und 2% an das Generalprokurat der Nation. (...)

Der Experte Marco Canteo gab an, dass das Hauptziel des LED sei, den Institutionen, die für Sicherheit und Justiz verantwortlich sind, die notwendigen finanziellen Mittel zu verschaffen, um dadurch jene Behörden zu fördern und deren Kompetenzen auszubauen. Allerdings entstehen nicht aus allen enteigneten Eigentümern Gewinne. In vielen Fällen gibt der Staat eher Geld für die Instandhaltung und Reparaturen aus. (EP)

Jahr	Dollar	Quetzales
2012	7.141.436	1.597.293
2013	6.804.691	1.584.499
2014	6.510.465	886.520
2015	9.118.091	6.462.880
2016	8.992.890	2.746.157
2017	31.040	285
Summe	38.598.613	13.277.634
Einkünfte aus der Beschlagnahmung von Besitz		

Regierung beschliessen Bussgeldbefreiung und Zuschläge für SteuerschuldnerInnen

Guatemala, 08. Mai. Präsident Jimmy Morales und das Finanzministerium (MINFIN) entschieden sich, SteuerzahlerInnen mit Steuerschulden aus der Zeit vor 2017 von Bussgeldern zu befreien. Dies ist nachlesbar im Regierungsbeschluss 82-2017 vom letzten Freitag. Die Massnahme werde die Höhe der Nachlässe verringern und die Zahlung der Steuern erleichtern, erklärte Finanzminister, Julio Héctor Estrada. Er versicherte, dass sie Einnahmen in Höhe von etwa 700 Millionen Quetzales (etwa 85,6 Mio. Euro) erhalten werden. Es gebe weder ein Problem mit den Zielen der Steuererhebung noch mit der Staatskasse, aber das Ministerium versuche, die Situation einiger SteuerzahlerInnen zu regeln. Estrada und die führenden MitarbeiterInnen der Steuerbehörde (SAT) verteidigten den Beschluss mit der Notwendigkeit, die Situation von etwa 683.000 SteuerzahlerInnen in Ordnung zu bringen, die Steuerschulden haben.

Juan Francisco Solórzano Foppa, Leiter der SAT, sagte, dass die Befreiung der Linie folgt, die Zahlungsvereinbarungen zu erleichtern und die freiwillige Zahlungsverpflichtung zu fördern. Man müsse anerkennen, dass sich das Verhalten der SteuerzahlerInnen verändert habe und dass damit jene begünstigt würden, die tatsächlich ihrer Zahlungsverpflichtung nachkommen wollten, fuhr Solórzano Foppa fort. "Es ist eine kleines Fenster der Gelegenheit", das sich für jene öffnet, die den Tag nutzten, sagte er. Der Beschluss befreit Zahlungen von Bussgeldern, (Verzugs)Zinsen und Zuschlägen für die Zeit vor 2017. Im ersten Monat nach Inkrafttreten (15 Tage nach Veröffentlichung) werde die Befreiung 100 % betragen, im zweiten Monat 95 % und im dritten 90 %. Das werde auch angewendet, wenn Verwaltungs- oder Justizprozesse anhängig seien - egal in welcher Instanz sich diese befinden.

Das bedeute jedoch keine Amnestie, weil die Steuerpflicht ja nicht fallen gelassen werde, versicherte Finanzminister Estrada. Auch für Solórzano Foppa stehe der Beschluss nicht im Widerspruch zu den juristischen Verfahren gegen Unternehmen, die der Steuerhinterziehung angeklagt würden. Seit vergangenen August sind im Kongress verschiedene Gesetzesentwürfe eingebracht worden, die das Ziel hatten, den Sektor der Viehzucht und der Landwirtschaft in spezielle Steuerbestimmungen einzubeziehen. Estrada vertrat die Ansicht, dass der Regierungsbeschluss eine schnelle Antwort auf die fehlende Einigung über diese Gesetzesentwürfe und die allgemeinen Erwartungen über mögliche Befreiungen sei. Die Botschaft sei, sich dem Regime zu unterwerfen und es anzuwenden, wie es sein müsse, sagte der Minister weiter.

Die vergangenen Regierungen haben Befreiungen für 2011, 2013 und 2014 in einer Bandbreite zwischen 330,9 Millionen Quetzales (etwa 40,5 Mio. Euro) und 705,7 Millionen Quetzales (etwa 86,3 Mio. Euro) gewährt.

Für das Zentralamerikanische Institut für Steuerstudien (Icefi) handelt es sich bei dem Beschluss um einen schweren Verstoss gegen das Prinzip der Steuergerechtigkeit, weil es jene schützt, die ihre Steuerpflicht nicht wahrnehmen, und damit jene schwächt, die ihre Steuerpflicht mit hoher Verantwortung erfüllen.

Edgar Balsells, zwischen Juni und November 2010 Finanzminister unter Präsident Colom (UNE), findet die Entscheidung überraschend, da eben noch nicht ein "Viehzuchtgesetz" (ley ganadera) verabschiedet worden sei, dass ähnliche Vergünstigungen vorsehen würde. Es müsste die Verantwortung des Direktoriums der SAT sein und nicht des MINFIN, weil es sich um eine Millionenfache Amnestie handele, kommentiert Balsells. Die Möglichkeit des Präsidenten Befreiungen zu verleihen, sei ein Element, das der Steuerpolitik einen hohen Ermessensspielraum gibt. Dabei sollte freilich die Verfassungsreformen, die momentan diskutiert werden würden, berücksichtigt werden, sagte der ex-Minister.

Insight Crime über die Morde in Guatemala

Guatemala, 08.Mai. Das Nachrichtenportal Insight Crime veröffentlichte eine Studie über Hunderte Morde in Guatemala, die jene Probleme anreissen konnte, die die zuständigen Behörden bei deren Aufklärung hatten. Die Probleme, die erkannt worden sind, erschweren zugleich die Reduzierung der Gewalt in Guatemala. Die Justizbehörden weisen den Banden und dem Drogenhandel eine zentrale Rolle für die Höhe der Gewalttate im Land zu.

Insight Crime analysierte die Morde in zwei Gebieten: in der Zone 18 von Guatemala Stadt, wo 300.000 EinwohnerInnen leben und die von den Behörden die 'Zone der Banden' genannt wird; und das Gebiet von Chiquimula, eine Gemeinde mit 100.000 EinwohnerInnen und als 'Drogenkorridor' bekannt. Es wurde ausserdem die Art und Weise analysiert, wie Polizei, Forensik und Staatsanwaltschaft ihre Informationen erlangen und wie sie sie während der Mordermittlungen nutzen, um die Fälle zu lösen - oder eben auch nicht. Man fand heraus, dass die Orte der Verbrechen oft nicht wirklich untersucht wurden und die Methoden eher den veralteten bürokratischen Prozessen des 20. Jahrhunderts entsprächen.

Das grösste Hindernis in der Aufklärung ist die Überzeugung, mit der die Behörden die Morde den Drogenhändlern zusprechen, was aber nicht auf Daten basiert. In dem Drogenkorridor könne man höchsten 28% der Morde nach Insight Crime mit den organisierten Verbrechen in Verbindung bringen. Der Drogenhandel reiche nicht aus, so Insight Crime, um die Dynamik zu beschreiben, die diese Gewalt hervorrufe. In 38 % der Fälle gibt es einfach nicht genügend Information, um zu einem Ergebnis zu kommen. In der 'Zone der Banden', wo die *pandillas* Barrio 18 und Mara Salvatrucha operieren, werden ihnen 41% der Morde zugeschrieben. Das wird auch von den guatemalteckischen Behörden so bestätigt. Bei 35% der Morde gebe es derzeit keinerlei Rückschlüsse auf die TäterInnen.

Die Studie zeigt des Weiteren auf, dass es eine allgemeine Bereitschaft zur Nutzung von Schusswaffen gibt, was ein be-

stimmender Faktor für die Höhe der Mordrate ist. 75% der Morde werden mit Schusswaffen begangen. Auf 100 Einwohner kommen 15,8 Waffen. Das übertrifft bei weitem die anderen Länder der Region, so Daten der Weltbank: Demnach hat El Salvador 7.0 Waffen je 100 EinwohnerInnen und Honduras 6.2. (Cerigua)

CALDH zeigt ehemalige Richterinnen wegen Annullierung des Urteils gegen Ríos Montt an

Guatemala, 11. Mai. VertreterInnen der Opfer des Bürgerkrieges (1960-1996) zeigten drei ehemaligen Richter an, da sie 2013 das Urteil gegen José Efraín Ríos Montt wegen Genozid annulliert hatten. Juan Francisco Soto, Direktor des Zentrums für legale Aktionen für Menschenrechte (CALDH) gab an, dass sie Anzeige gegen Héctor Pérez Aguilera und Roberto Molina Barreto und eine Klage gegen Alejandro Maldonado Aguirre gestellt haben. Alle drei sind ehemalige Richter des Verfassungsgerichts (CC). Maldonado Aguirre genießt Immunität, da er Abgeordneter im Zentralamerikanischen Parlament (Parlacen) ist, weshalb Klage gegen ihn eingereicht wurde und nicht eine Anzeige. Der Direktor erklärte, dass die drei ehemaligen Richter die Beweismittel, die dem CC vorgelegt wurden, verdrehten, um Montt freizusprechen, nachdem er zu 80 Jahren Haft verurteilt worden war für den Mord an 1.771 indigenen Maya-Ixils während seiner de facto Regierungszeit 1982 und 1983. Die Annullierung basierte auf mutmasslichen Fehlern während des Gerichtsprozesses. Man ordnete damals die Wiederholung des Prozesses an. Artikel 462 des Strafgesetzes definiert "Rechtsbeugung" als bewusste Entscheidung der RichterInnen, wenn sie Urteile treffen, die gegen das Gesetz verstossen oder sich auf falschen Tatsachen begründen. Dieses Delikt kann mit bis zu 10 Jahren Haft bestraft werden, wenn das Urteil in einen Strafprozess gefällt wurde. (...) Héctor Reyes, Anwalt von CALDH, sagte, dass „dieses Vorgehen für die Opfer den Zugang zur Justiz verhindert. (...) Man muss in diesen Ungereimtheiten von Grund auf ermitteln; wenn es mehr Delikte gibt, müssen auch diese ans Licht gebracht werden.“ (Plaza Pública, EP)

Regierungschef entlässt Minister per WhatsApp

Guatemala, 2. Mai. Gegen Ende dieser **¡Fijáte!**-Ausgabe noch eine kuriose Randnotiz. Wirtschaftsminister Rubén Morales trat am 29. April von seinem Posten zurück. Nun bestätigte er in einem Interview mit Prensa Libre, dass sein Rücktritt über soziale Netzwerke an ihn herangetragen wurde: „Über WhatsApp empfang ich die Nachricht des Präsidialamtest, dass ich doch bitte zurücktreten solle“. Die Nachricht erhielt Morales am 28.4. um 13 Uhr 30. Er sagte, er wisse noch immer nicht, warum er gebeten wurde, zurückzutreten. Der nun Ex-Minister glaubt nicht, dass es an einem speziellen Fall gelegen habe. Am selben Tag habe er um 18 Uhr 30 seinen formellen Rücktrittsantrag gestellt. Nur wenige Augenblicke später wurde öffentlich bekanntgegeben, dass er aus persönlichen Gründen zurückgetreten sei. „Ich war überrascht und sollte man mich nach dem Grund für den Rücktritt fragen, ich wüsste keinen“, sagte Morales.

¡Fijáte!

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com
Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Jetzt auch auf Facebook: www.facebook.com/fijateMagazin

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel
c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €
Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Achtung: Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6